# Sparen an der Wissenschaft

## Dem internationalen Austausch und der Forschung stehen Einschnitte bevor

| CHARLOTTE PARDEY | **Der DAAD muss bei der Stipendienvergabe kürzen, die Humboldt-Stiftung und das Goethe-Institut bekommen weniger Geld vom Auswärtigen Amt. Auch das BMBF scheint zu sparen.**

Das Auswärtige Amt will im Jahr 2023 den Etat des Deutschen Akademischen Austauschdiensts (DAAD) kürzen. Dies geht aus dem Haushaltsentwurf hervor, den das Bundeskabinett am 1. Juli beschlossen hat.

Die Kürzungen sind zwar nicht ganz so drastisch, wie noch Anfang Juni befürchtet, aber sie setzen einen Spartrend fort, der schon in diesem Jahr eine Kürzung bedeutete – ungeachtet der Ankündigung im Koalitionsvertrag, die dem DAAD und der Alexander von Humboldt-Stiftung jährliche Budgetsteigerungen von aktuell drei Prozent analog zum Pakt für Forschung und Innovation versprach. Auch dem Goethe-Institut sicherte der Vertrag eine Stärkung seiner Arbeit zu. Stattdessen steht eine globale Minderausgabe in Aussicht, die alle drei Organisationen noch in diesem Jahr zu bewältigen haben könnten.

Laut dem aktuellen Entwurf würde der DAAD zwischen 2021 und 2023 mindestens 13 Millionen Euro verlieren: Die vom Auswärtigen Amt kommende Grundfinanzierung inklusive Investitionen würde von 204 Millionen Euro im Jahr 2021 auf 195 Millionen Euro in 2022 und 191 Millionen Euro 2023 sinken. Die globale Minderausgabe könnte 2022 einen Teil der Grundfinanzierung durch das Auswärtige Amt zusätzlich erst einmal sperren. Nur bei guter Budgetlage im Ministerium gegen Ende des Haushaltsjahres würde die Sperre wieder aufgehoben. Noch steht die finale Bestätigung der Minderausgabe aus, so der DAAD gegenüber „Forschung & Lehre“. Es sei allerdings „eine zusätzliche Kürzung in einem finanziellen Bereich, der bereits im laufenden Haushaltsjahr 2022 zu weiteren drastischen Einbußen führen würde,“ zu erwarten.

> »Die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit der deutschen Hochschulen steht vor signifikanten Einschnitten.«

### Humboldt-Stiftung und Goethe-Institut

Auch die Alexander von Humboldt-Stiftung und das Goethe-Institut sind von Kürzungen in der Finanzierung durch das Auswärtige Amt betroffen. Laut Haushaltsentwurf soll die Humboldt-Stiftung im Haushaltsjahr 2023 nur 49,5 Millionen Euro erhalten, was einem Minus von knapp acht Prozent gegenüber 2022 (50,7 Millionen Euro) entspricht, wie die Stiftung auf Anfrage von „Forschung & Lehre“ mitteilte. Dabei habe die Stiftung bereits im Budget von 2022 3,3 Prozent weniger Geld erhalten als noch 2021, als der Grundhaushalt bei 55 Millionen gelegen habe.

Ähnliche Einschnitte berichtet das Goethe-Institut: Die Zuwendungen im Rahmen der institutionellen Förderung verringerten sich nach dem beschlossenen Bundeshaushalt von 250 Millionen Euro im Jahr 2021 auf zunächst 233 Millionen Euro in 2022. Der Haushaltsentwurf sehe für 2023 eine weitere Kürzung auf 224 Millionen Euro für das Goethe-Institut vor. Dies entspricht einer Reduktion um mehr als zehn Prozent zwischen 2021 und 2023. Die noch unentschiedene Minderausgabe droht sowohl der Humboldt-Stiftung, als auch dem Goethe-Institut. Laut Mitteilung der Humboldt-Stiftung von Mitte Juli könnte die Minderausgabe eine weitere Kürzung um bis zu drei Prozent bedeuten.

### Auswirkungen der Kürzungen

In der Folge der Kürzungen stünden der DAAD und die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit der deutschen Hochschulen in diesem und in den kommenden Jahren vor signifikanten Einschnitten, die sowohl die Vergabe von Stipendien als auch die Förderung von Projekten der deutschen Hochschulen mit Partnerinstitutionen in aller Welt beträfen.

Kürzungen im Programm seien absehbar und unumgänglich, teilte der DAAD entsprechend mit, unter anderem bei der Neuvergabe von langfristigen Studien- und Promotionsstipendien für ausländische Studierende, Promovierende und Forschende. Diese müssten etwa um 50 Prozent reduziert werden, so dass rund 700 Langzeitstipendien pro Jahr wegfielen. Auch Vortrags- und Kongressreisen, Sommer- und Winterkurse sowie alle weiteren Kurzzeit-

AUTORIN

Dr. **Charlotte Pardey** ist Redakteurin von Forschung & Lehre.

förderungen müssten gestrichen werden, was rund 5 000 Personen pro Jahr betreffe. Lektorate und Dozenturen an ausländischen Hochschulen könnten nicht nachbesetzt werden, so dass weltweit etwa 100 der 450 Standorte wegfielen. Auch die sechs deutschen Wissenschafts- und Innovationshäuser verlieren erheblich an finanziellem Gestaltungsspielraum, kündigte der DAAD im Juli an. Zudem müssten DAAD-Förderungen für Hochschulen gekürzt werden, unter anderem bei der Betreuung internationaler Studierender, wo die Mittel halbiert würden.

Bei der Humboldt-Stiftung haben die Kürzungen ebenfalls bereits deutliche Konsequenzen: Bedingt durch hohe Vorbindungen für 2023 habe die Stiftung die Bewilligungszahlen von Programmen, die vom Auswärtigen Amt finanziert werden, bereits um 30 Prozent senken müssen. Bei den Forschungsstipendien etwa bedeute dies einen deutlichen Rückgang: Während 2021 noch 380 Stipendien bewilligt worden seien, sind es 2022 nur 264. Weitere absehbare Kürzungen zwängen die Organisation, einzelne Programme für neue Anträge ganz zu schließen, vor allem die erst 2021 eingeführten Forschungshubs in Afrika und das Residency-Programm. Auch bei der Philipp Schwartz-Initiative, die durch Krieg und Verfolgung bedrohten Forschenden eine Arbeit in Deutschland ermöglicht, muss gekürzt werden. Diese Kürzungen seien besonders schmerzlich, erklärte Stiftungspräsident Professor Hans-Christian Pape. Während in diesem Jahr Sondermittel für den Schutz von Forschenden aus der Ukraine vorhanden seien, müssten diese im nächsten Jahr weiterlaufenden Stipendien dann zu Lasten von Bewerbungen aus anderen Ländern finanziert werden.

Beim Goethe-Institut werde noch geprüft, welche Auswirkungen die Kürzungen haben, wie eine Sprecherin der Organisation auf Anfrage von „Forschung & Lehre“ mitteilte. Sicher sei, dass die aktuell diskutierten Einschnitte die weltweite Arbeit des Goethe-Instituts einschränken werden. Die Organisation betonte, dass „gerade in dieser Zeit der internationalen Krisen auf die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik unseres Landes eine sehr hohe Bedeutung zukommt“. Die Arbeit des Goethe-Instituts sei ein wesentliches Instrument internationaler Verständigung und für die Sicherung von Frieden unverzichtbar.

### Parlament soll Einschnitte wieder aufheben

Die Kürzungen sind signifikant und nicht mit früheren Kürzungen vergleichbar, so der DAAD. Ebenso bedauernswert sei die Entscheidung des Finanzministeriums von Ende Juni, dass die bereits zusagten Mittel für das „Zukunft Ukraine – Stipendienprogramm für Geflüchtete aus der Ukraine an deutschen Hochschulen“ nicht in Folgejahre übertragbar sind. Eigentlich sei das Programm für die Jahre 2022 bis 2026 gemeinsam mit dem Auswärtigen Amt geplant und durch Mittel aus dem Ergänzungshaushalt der Bundesregierung finanziert, so der DAAD. Die nun erfolgte für den DAAD und das Auswärtige Amt „unvorhersehbare“ Entscheidung bedeute, „dass die ausgeschriebenen und geplanten Maßnahmen sich nicht nachhaltig durchführen lassen.“ Das Programm könne zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in die Förderung genommen werden, so die Organisation.

DAAD-Präsident Professor Joybrato Mukherjee beschrieb die Kürzungen als einen „erheblichen Einschnitt in die finanzielle Ausstattung und damit in die weltweite Arbeit des DAAD“. Die Kürzungen schadeten der internationalen Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Deutschland und seiner Hochschulen in einer Zeit, in der außenwissenschaftspolitisch eine Vorbildfunktion und eine Führungsrolle Deutschlands in besonderer Weise notwendig wären. Mukherjee forderte, dass das Parlament die vorgesehenen Einschnitte rückgängig macht, damit möglichst viele der Programme wieder aufgenommen werden könnten.

Gegen die Kürzungen beim DAAD und der AvH haben unterdessen über 50 Fachverbände und Tausende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in einem offenen Brief an Bundesaußenministerin Annalena Baerbock protestiert.

Das Auswärtige Amt äußerte sich auf Anfrage des „Tagesspiegels“ zu den Sparmaßnahmen: Das Ministerium sei wie der Großteil der anderen Ressorts selbst von Einsparungen betroffen. Darüber hinaus stehe es etwa mit dem DAAD in Kontakt, damit keine Stipendienzusagen zurückgenommen werden müssen.

### Spart auch das BMBF?

Währenddessen erntet auch das Ministerium für Bildung und Forschung (BMBF) Kritik: Forschende berichten, dass es Förderzusagen nicht nachkomme. Professorin Marianne Braig, bis vor kurzem noch Vizepräsidentin für Forschung der Freien Universität Berlin und Dr. Regine Schönenberg berichteten auf der Webseite der Hochschule vom plötzlichen Ende der Finanzierung des Forschungsprogramms „BioTip“, zwei Jahre vor dessen offiziellem Ende. An dem Programm sind neben Schönenberg rund 130 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in 30 Forschungsgruppen an verschiedenen deutschen Hochschulen und Forschungseinrichtungen beschäftigt. Das BMBF habe das Ende der Programmfinanzierung mit „neuen Schwerpunktsetzungen hin zu Forschungsaktivitäten, die einen schnellen Impact erzeugen“ begründet. In der Folge falle nun die Phase der Auswertung und Interpretation der Forschungsergebnisse aus.

Auch beim DAAD ist die künftige Finanzierung von mehreren größeren, BMBF-finanzierten Projekten weiter unklar, wie etwa bei „Integra“, einem Programm, das der Integration von Flüchtlingen an deutschen Hochschulen dient, oder dem Projekt „Internationale Mobilität und Kooperation (IMKD)“ zur Digitalisierung der internationalen Hochschulzusammenarbeit. Die Finanzierung laufe im kommenden Jahr aus. Vorschläge für Anschlussprogramme oder Programmfortsetzungen der Projekte lägen dem BMBF bereits vor, eine Entscheidung gebe es noch nicht.

Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger hat unterdessen Vorwürfe zurückgewiesen, Forschungsprojekte zu stoppen. „Trotz der schwierigen Haushaltslage konnten wir möglich machen, dass keine laufenden Forschungsvorhaben abgebrochen werden müssen und möglichst viele beantragte Projekte gefördert werden können“, heißt es in einer Mitteilung des BMBF. Das habe Zeit gekostet und es sei zu bedauerlichen Verzögerungen gekommen, auch wenn es keine formalen Förderzusagen gegeben habe. Im Ergebnis sei es gelungen, die Förderung der Projekte im sozial- und geisteswissenschaftlichen Bereich in reduziertem Umfang ab 2023 sicherzustellen. Das betreffe vor allem die Forschung zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie und zu Rechtsextremismus und Rassismus.